

# Erinnerung als Staatsräson

VON JOSEF JOFFE

Was lehrt uns der Walser, der nicht vergehen will? Seit zwei Monaten wogt es hin und her in der Debatte, es ist alles bereits von allen gesagt worden – von manchen auch mehrfach. Doch die Flut der Wörter schwillt weiter an; sie ist nach acht Wochen höher schon als vor zwei Jahren im Streit um Daniel Goldhagen, der den Deutschen Auschwitz als Kultur-Konstante vorgeworfen hatte.

Die zentrale Lehre? Es wird weitergeredet – immer noch und immer wieder. Der Deutsche Diskurs, der seit Kriegsende in stets neuer Variation um Schuld, Scham und Schande kreist, ist keineswegs erstickt, sondern aufgelodert. Das ist deshalb so bedeutsam, weil Martin Walser diesen Diskurs, den ewigen Wiedergänger, mit seiner Rede vom 11. Oktober endgültig unter die Erde bringen wollte. Es sollte die grandiose Vermählung von Paulskirche und Stammtisch sein, die letztendliche Familienzusammenführung im Gestus der nationalen Abwehr. Und doch ist der Versuch gescheitert.

## Drohoutine und Moralkеule

Welcher Versuch? Viele Figuren von öffentlichem Gewicht, vorweg Marcel Reich-Ranicki, haben Walser honorige Absichten und einen lautereren Charakter bescheinigt. Diese Frage steht freilich nicht zur Debatte. Es geht um Worte und ihre Funktionen – welche Gefühle und Ressentiments sie zum Schwingen bringen. Lauschen wir noch einmal Walsers insistierender Wiederholung: Auschwitz als „Drohoutine“, „Einschüchterungsmittel“ und „Moralkеule“. Umringt von den „Meinungssoldaten“ wählte Walser sich; bedrängt von der „Instrumentalisierung“ und der „Monumentalisierung unserer Schande“ (durch das Holocaust-Mahnmal in Berlin).

Das Unsägliche an dieser Rede war nicht das Was, sondern das Wie – genauso wie bei Walsers treuestem Feuer-schutz-Geber Rudolf Augstein, der bei solchen Gelegenheiten nachgerade zwanghaft in die Grabbelkiste antisemitischer Kode-Wörter greift. Wenn er von der „New Yorker Presse“ und den „Haifischen im Anwaltsgewand“ schreibt, vom „Schandmal“, das in Berlin gegen das neue „Deutschland gerichtet ist“, dann weiß jedermann sofort, wer gemeint ist. Nein, es ist nicht der Vatikan.

Dito Walser. Er hat ja nicht, was niemand ihm verübeln hätte, ein durchdachtes Kontra zum Deutschen Diskurs geliefert – wie man im Jahre 53 n. H. (nach Hitler) anders mit Schuld und Scham umgehen möge. Es war, wie Jan Philipp Reemtsma zurecht notierte, eine „Rhetorik der Anspielungen“ in klassischer Stammtisch-Manier: „Ihr wißt schon, was ich meine“. Der Sinn der Einlassung war es nicht, neue Zugänge zur deutschen Vergangenheit zu zeichnen – darüber ließe sich gerade in der dritten Generation trefflich streiten. Nein, es sollte endlich Schluß sein mit dem Flagellantentum, mit der „Droh- und Einschüchterungsroutine“, damit der beleidigte Nationalist Walser sich endlich im Schoße eines „normalen Volkes“ kuscheln kann.

Bloß sollte sich auch im Jahre 53 n. H. die älteste Wahrheit Nachkriegsdeutschlands bestätigen. Es beginnt schon bei der Sprache. Indem die Mächtigen-Tabu-Brecher so verschwiemelt daherreden, bestätigen und erneuern sie das Tabu! Es ist eben doch nicht soigniert, den Juden und allen präsumtiven Deutschen-Quälern direkt und offen aufs Schandmal zu hauen. Zweitens: Wer nach dem Schlußstrich ruft, erntet immer das Gegenteil. Es wird dann umso heftiger debattiert, und bei Walser fällt zudem noch Tröstlicheres auf: Niemand hat seine Vorlage aufgenommen. Sie haben ihn als Menschen und Schriftsteller in Schutz genommen, sind ihm aber nicht in der

Substanz gefolgt. Das läßt sich nicht allein mit Verschämt-Sein erklären.

„Auschwitz“, um die Kurzformel zu gebrauchen, ist längst zum konstitutiven Bestandteil dieser Republik, ja zum Teil ihrer Verfassung geworden. Was die Walsers, ob im Salon oder Bierkeller, nicht wahrhaben wollen: Dieses Deutschland, das glücklichste in der Geschichte, bezieht merkwürdigerweise auch seine positive Identität aus dem Menschheitsverbrechen. Wie das? Die Liste ist endlos. Die Verfassung? Nie wieder Weimar. Staatsbürgerrecht? Nie wieder wie bei den Nazis. Menschenrechte? Damals wurden sie zertrampelt, jetzt sind sie unantastbar. Pressefreiheit? Natürlich, als Bastion gegen die Totalitären. Außenpolitik? Stets in der Gemeinschaft, damit die Deutschen nie wieder dem Hegemonialwahn verfallen können.

Erinnerung, Reue, Verantwortung sind Teile der ungeschriebenen Verfassung. Anfänglich hat man es dem Ausland zuliebe getan, so wie Adenauer kühl kalkulierend die Wiedergutmachung beschloß, um den USA zu gefallen. Aber daraus ist ein Stück *raison d'état* geworden. So stellt sich das „bessere Deutschland“ dar – nicht im kollektiven Flagellantentum, wie die Walsers wähnen, sondern mit dem Gestus des Geläuterten, der einen moralischen Anspruch zu verkörpern sucht.

Man darf sogar einen Schritt weitergehen. Wenn die Nation am 9. November der „Kristallnacht“ gedenkt, tut sie es nicht dem Ignatz Bubis oder der „New Yorker Presse“ zuliebe. Dann formiert sie sich in einem Ritual, das wie alle Rituale Halt, Sinn und Werte vermittelt: Wir erinnern uns an den Horror und zelebrieren so dessen Überwindung. Wer das wie Walser als „Lippengebet“ verhöhnt, verkennt die lebenswichtige Funktion von scheinbar „leeren“ Ritualen.

Müßig hinzuzufügen, daß dies auch realpolitischen Zins zuhauf abgeworfen hat. Vergleichen wir Bonn mit Tokio. Nur, weil sich die Bundesrepublik zu ihrer Vergangenheit bekannt und Besserung demonstriert hat, ist sie zum respektierten Mitglied der westlichen Gemeinschaft avanciert – bis ein deutscher Verteidigungsminister zum ersten Mal in der Geschichte sagen durfte: „Wir sind umzingelt nur von Freunden.“ Doch Japan bleibt auch fünfzig Jahre danach noch allein – unfähig, auch nur den ersten Schritt der Reue zu tun.

## Von Bitburg zum Mahnmal

Begreift das auch die neue Regierung? Ihre forsche „Normalitäts“-Rhetorik, aufbauend auf dem guten Antifa-Gewissen der 68er, hätte einem Helmut Kohl seit Wochen nichts als publizistische Prügel eingetragen. Aber die Regierung Schröder wird genauso wie Kohl nach Bitburg (1985) lernen, daß Normalität weder dekretiert noch herbeigeredet werden kann. Sie mußte gar nicht erst lernen, daß es keine „Instrumentalisierung“ ist, wenn Überlebende vor Gericht gehen, um Entschädigung für geraubte Arbeit oder Kunst einzuklagen. Deshalb hat sie frühzeitig ein Schwergewicht wie den Kanzleramts-Chef Hombach mit der delikaten Kärnerarbeit betruet.

Kohl ist den Weg von Bitburg über die Neue Wache zum Mahnmal gegangen; er hat die „Normalität“ gesucht und ist trotzdem bei der Erinnerungsgemeinschaft namens Bundesrepublik angekommen. So wird es auch Schröder ergehen. Aus Ressentiments-Geraune und Unbefangenheits-Beschwörungen läßt sich keine wärmende Identität schöpfen. Außerdem wäre es unpraktisch. Unsere Freunde werden dann so freundlich nicht mehr sein, und wir selbst werden abermals merken, daß Deutschland nur in seiner Geschichte florieren kann – nicht gegen sie.